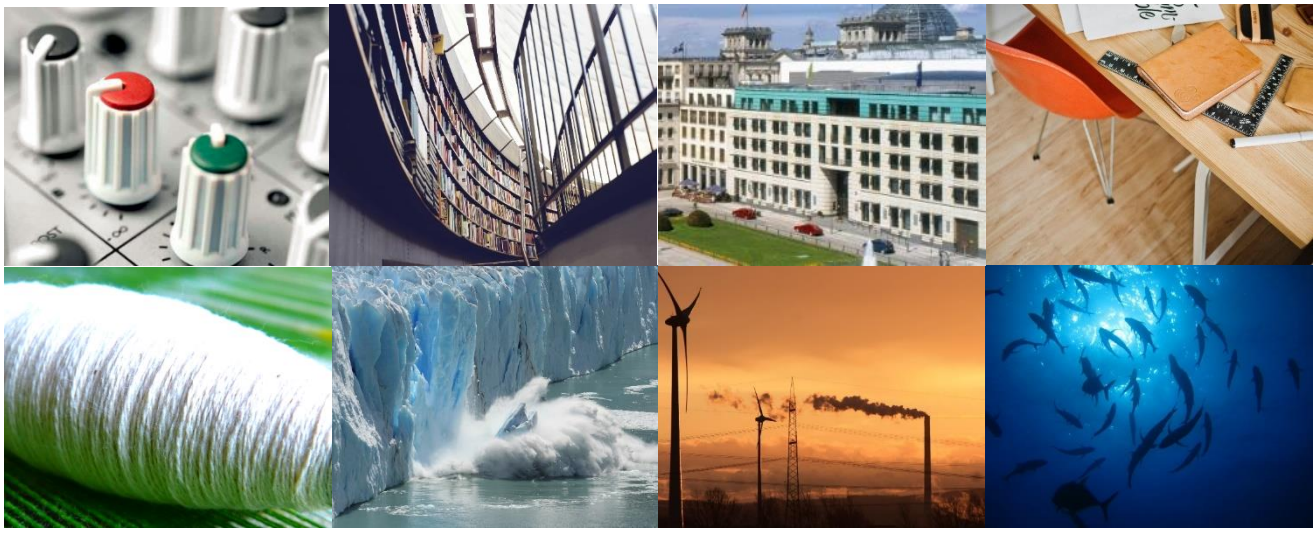
HUMBOLDT-VIADRINA
Governance Platform

Tätigkeitsbericht 2019



Wir stärken Transparenz und Partizipation zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Datum: 15. Dezember 2020

ÜBER DIE HUMBOLDT VIADRINA GOVERNANCE PLATFORM GGMBH 3

1. TRIALOGE® – EIN DELIBERATIVES DISKUSSIONSFORMAT ZUR FÖRDERUNG DES DEMOKRATISCHEN STAATSWESENS 4

1.1. Trialoge und Workshops im Bereich Energiewende 6

1.1.1. Transdisziplinäre Trialoge mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ (2015-2019) 6

1.1.2. Trialog für die AG Mobilität der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019) .. 7

1.1.3. Trialog im Rahmen des Projekts „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung (2019-2020) 8

1.1.4. Veranstaltungen im Projekt „Energiewende PartnerStadt“ (2018-2020) 9

1.1.5. Multi-Akteurs-Workshops im Projekt: „Partizipatorische Entwicklungsstrategie für die Lausitz“ 11

1.1.6. Sonstige Aktivitäten unseres Trialog-Bereichs Energiewende 12

1.2. Trialoge und Workshops im Bereich Stadtentwicklung 13

1.2.1. Transdisziplinäre Trialoge für eine „Neue Urbane Agenda Berlin“ 13

1.2.2 Zwischenbilanz: Leitlinien für Partizipation beim Wohnungsbau 15

1.2.3 Transnationaler Austausch im Trialog „Städte für Bürger*innen: Zivilgesellschaftliche Partizipation in Berlin und Minsk“ 16

1.2.4 Multi-Stakeholder-Gespräche in Kooperation mit Vonovia zur Rolle der privaten Wohnungsgesellschaften 17

1.2.5 Austauschform: Transdisziplinarität: Stärken! Am 12. und 13. Juni 2019 18

1.3 Zukunft der Demokratie: Die Rolle der Wirtschaft 18

2 FÖRDERUNG VON TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION DURCH GLOBALE MULTI-AKTEURS-PARTNERSCHAFTEN 19

2.1. Förderung von Transparenz und Partizipation in der globalen marinen Fischerei 20

2.2. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten 23

2.3. Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung 27

In diesem Tätigkeitsbericht haben wir eine Vielzahl der von uns in 2019 durchgeführten Projekte und Initiativen beschrieben.

Wenn wir Ihr Interesse geweckt haben, Sie Fragen zu unseren Aktivitäten oder Ideen für eine Zusammenarbeit haben, freuen wir uns auf Ihre Rückmeldung!

Kontakt:

HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform gGmbH

Pariser Platz 6, 10117 Berlin

Internet: www.governance-platform.org

Über die HUMBOLDT VIADRINA Governance Platform gGmbH

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Erträge ausschließlich für gemeinnützige Zwecke verwendet werden (gGmbH). Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Berlin.[1]

Wir setzen uns für die Förderung von demokratischen Prozessen und durchdachten Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt ein. Für uns gehört dazu wesentlich, die Legitimität und Nachhaltigkeit demokratischer Verfahren und Entscheidungen zu stärken, um somit einen Beitrag zur ***Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen*** zu leisten. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftsrelevante Entscheidungen nur dann gestärkt und legitimiert werden können, wenn der Austausch zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbessert wird. Aus dieser Grundüberzeugung heraus entwickeln wir Governance-Konzepte und Projekte für nachhaltige und gemeinwohlorientierte Lösungen unter der Beteiligung möglichst diverser Perspektiven.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf zwei Prinzipien von Good Governance: ***Transparenz*** und ***Partizipation***. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle zur Stärkung von Good Governance. Sie beeinflussen das Interaktionsverhältnis aller Akteure. Erst wenn alle Betroffenen und Beteiligten ihre Interessen offenlegen (Transparenz) und sich in einem deliberativen Entscheidungsprozess zu einem bestimmten gesellschaftlichen Problem einbringen können (Partizipation), ist es überhaupt faktisch möglich, einen nachhaltigen Konsens zwischen diesen Interessen auszumachen.

Durch die Nutzung innovativer partizipativer Verfahren, in denen die unterschiedlichen Perspektiven verschiedener Akteursgruppen ausgetauscht werden, wie etwa Multi-Akteurs-Partnerschaften oder die von uns entwickelten Trialoge®, machen wir Argumente und ihre Begründung transparent. Partizipative Verfahren erzeugen jedoch nicht nur durch Perspektivenaustausch eine Transparenz der Argumente; Partizipation benötigt ihrerseits auch Transparenz, d. h. alle relevanten Akteursgruppen müssen Zugang zu relevanten und für die Entscheidungsfindung notwendigen Informationen haben. Nur so können sich die Akteure effektiv in partizipativen Prozessen einbringen. Dies ist umso wichtiger bei großen gesellschaftlichen Herausforderungen, die sich durch eine hohe Komplexität auszeichnen. Transparenz ist somit eine notwendige Voraussetzung, um ein gemeinwohlorientiertes Zusammenwirken von Politik, Unternehmen, der Zivilgesellschaft und Wissenschaft überhaupt erst zu ermöglichen. ***Partizipation und Transparenz greifen daher ineinander und sind gemeinsam Voraussetzungen für die nachhaltige Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.***

Unsere Aktivitäten beruhen auf dem Ansatz staatliche Akteure, Wirtschaft, organisierte Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien in jeweils unterschiedlichen Formaten mit dem Ziel zusammenzubringen, auf Herausforderungen aufmerksam zu machen, relevante Informationen transparent darzustellen, Konsense zu eruieren und kreative Lösungen gemeinsam zu entwickeln.

[1] Im Folgenden als HUMBOLDT-VIADRINA abgekürzt.

1. Trialoge® – Ein deliberatives Diskussionsformat zur Förderung des demokratischen Staatswesens

Unsere Trialoge sind in der Regel ganztätige Veranstaltungen, die darauf abzielen, gesellschaftliche und politische Diskussionen fair und vertrauensbildend zu gestalten und Entscheidungsprozesse fundiert vorzubereiten. Das Trialog-Konzept ist ein von uns entwickeltes und erprobtes Format des deliberativen Austausches, um den Dialog zwischen Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien zu organisieren und auszuwerten.

Durch ein auf Perspektivenvielfalt ausgelegtes Einladungsverfahren und einer öffnenden Moderation wird garantiert, dass eine Vielzahl an Positionen und Anliegen Eingang in die Diskussion finden – unabhängig von divergierenden Machtpositionen. Die Zusammensetzung der Teilnehmergruppe ist ein wichtiger Faktor für das Gelingen eines Trialogs: ein möglichst breites Spektrum an unterschiedlichen und oft auch antagonistischen Perspektiven ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die positiven Effekte der Perspektivenvielfalt im Sinne des Gemeinwohls genutzt werden können. Durchgängig werden bei den Trialogen auch Vertreter*innen zivilgesellschaftlicher Organisationen eingeladen, wodurch das bürgerschaftliche Engagement zugunsten gemeinnütziger Zwecke gestärkt wird.

In den Trialog-Veranstaltungen werden die von den Teilnehmer*innen vorgetragenen Positionen und Argumente ***„deliberativ“***, also in einem ethischen Diskurs, auf ihre Haltbarkeit bzw. Triftigkeit hin geprüft. In der Moderation der Trialoge achten wir darauf, dass die unterschiedlichen Begründungen miteinander in Bezug gesetzt werden. So entwickeln sich Diskurse, die möglichst breit akzeptierbare Lösungen für politische und gesellschaftliche Fragen sichtbar machen.

Die Ergebnisse eines Trialogs müssen nachvollziehbar sein und nachhaltig auf politische Entscheidungsverfahren einwirken. Zu unserem Trialog-Konzept gehört deshalb auch eine gründliche Aufbereitung der Ergebnisse. Wir ermitteln durch eine methodisch reflektierte qualitative Textanalyse die Schnittstellen der unterschiedlichen Argumentationen. So stellen wir fest, welche Themen, Argumente und Begründungen der unterschiedlichen Akteure tatsächlich aufeinander Bezug nehmen und welches Gewicht Themen und Argumenten zukommt. Unser Ziel ist es, in zumeist öffentlich zugänglichen Berichten valide Grundkonsenskorridore aufzuzeigen, um beispielsweise im Vorfeld politischer Entscheidungen mögliche Wege offen zu legen, die auf eine breite gesellschaftliche Akzeptanz treffen würden.

Im Unterschied zu traditionellen Anhörungen, Lobby-Gesprächen oder Sachkonferenzen bieten unsere Trialoge eine breitere Basis der Erkenntnisse und erhöhen so die Chance auf Nachhaltigkeit. Davon profitieren alle Akteurs-Gruppen. Denn: ***eine Erkenntnis ist umso haltbarer, je zahlreicher die Perspektiven sind, die in ihr zum Tragen kommen***.

Trialoge tragen als Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen zur politischen und themenspezifischen Bildung der Gesellschaft bei. Durch die gemeinsame Erarbeitung von Lösungen zu gesellschaftlichen Fragestellungen mit unterschiedlichen Akteuren stärken sie das demokratische Staatswesen.

Kurzübersicht zu unseren Trialogen in 2019:

Es wurden acht Trialog-Veranstaltungen durchgeführt, an denen über 400 Teilnehmer*innen teilgenommen haben, die aus über 100 Institutionen kamen.

©Jens Schicke

- 02. Februar 2019 | Trialog in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin zum Thema „Wohnen in Berlin – Perspektiven für die wachsende Stadt“
- 22. Februar 2019| Trialog in Kooperation mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ (ESYS) zum Thema „2050 CO2-neutral: Das Energiesystem wird umgekrempelt. Was bedeutet das für unseren künftigen Alltag?“
- 14. März 2019 | Trialog in Kooperation mit der Technischen Universität Berlin zum Thema „Tourismus in Berlin: Wieviel Tourismus verträgt die wachsende Stadt?“
- 03. Juni 2019 | Gespräch in Kooperation mit Vonovia zum Thema „Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine sozial verträgliche Wohnraumversorgung in Städten“
- 19. Juni 2019| Trialog für die Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (WPN 2030) „Nachhaltig unterwegs – Mobilität jetzt attraktiv gestalten“
- 30. August 2019 | Gespräch in Kooperation mit Vonovia zum Thema „Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für Mietregulierung und Transparenz auf dem Wohnungsmarkt
- 05. September 2019| Trialog in Kooperation mit dem Buildings Performance Institute Europe (BPIE) „Gebäudesanierung nicht nur gut fürs Klima. Was sind die Zusatznutzen wert?
- 03. und 04. Oktober 2019 | Trialog in Kooperation mit der Belarussischen Architektenunion in Minsk zum Thema „Städte für Bürger*innen: Zivilgesellschaftliche Partizipation in Berlin und Minsk“
- 07. November 2019 | Trialog „Leitlinien der Landeseigenen für Partizipation im Wohnungsbau: Diskussion von Stimmungsbildern und Erfahrungsberichten für die Leitlinien der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in Berlin“

Alle Trialog-Diskussionen wurden aufgezeichnet, transkribiert und mit Methoden der qualitativen Sozialforschung ausgewertet. Diese Ergebnisse wurden in umfassenden Berichten aufgearbeitet und den Teilnehmenden sowie der Öffentlichkeit unserer Webseite unter www.governance-platform.org/mediathek zugänglich gemacht.. Die Berichte zu allen Trialogen wurden den jeweiligen Auftraggebern zur Verfügung gestellt.

1.1. Trialoge und Workshops im Bereich Energiewende

1.1.1. Transdisziplinäre Trialoge mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ (2015-2019)

Wir führen seit 2015 in Zusammenarbeit mit dem Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ (ESYS) Trialoge für die wissenschaftlichen Arbeitsgruppen des Akademienprojekts zur Förderung von Wissenschaft und Forschung durch.[2]

ESYS bündelt das in unterschiedlichen Disziplinen vorhandene Wissen über die Energiewende, ordnet es ein und bereitet es für die politisch-gesellschaftliche Debatte auf. Mehr als 100 Energiefachleute aus Wissenschaft und unternehmenseigener Forschung arbeiten ehrenamtlich im Projekt mit. In interdisziplinären Arbeitsgruppen kommen Expertinnen und Experten aus Technik- und Naturwissenschaften, Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften zusammen. Rund 100 Expert*innen aus Wissenschaft und Forschung erarbeiten in dem ESYS-Projekt Analysen und Stellungnahmen zur Umsetzung einer sicheren, bezahlbaren und nachhaltigen Energieversorgung. Damit Positionen und Interessen gesellschaftlicher Akteure in die Arbeit einfließen können, tauschen sich die ESYS-Arbeitsgruppen in verschiedenen Dialogformaten mit ihnen aus. Eines dieser Dialogformate wird von uns im Format der Trialoge organisiert. Die Trialoge dienen der intensiven, begründeten Diskussion zwischen Fachleuten jeweils einer ESYS-Arbeitsgruppe zu einem bestimmten Thema mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Durch die Verknüpfung von wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Wissen wird eine breite Basis der Erkenntnis hergestellt. Potenzielle Konfliktlagen zwischen den teilnehmenden Akteuren werden dabei sondiert, Diskussionshemmnisse und Stimmungsbilder aufgezeigt. Die Ergebnisse sollten in der weiteren Arbeit der

[2] Mehr Informationen über das Akademienprojekt „Energiesysteme der Zukunft“ finden Sie unter: https://energiesysteme-zukunft.de/

Arbeitsgruppen und den abschließenden Analysen und Stellungnahmen berücksichtigt werden und die Anschlussfähigkeit der wissenschaftlichen Arbeit schärfen

In der ersten Projektphase 2015 wurden drei thematische Trialog-Veranstaltungen durchgeführt, in der aktuellen zweiten Phase bis 2019 insgesamt acht weitere Trialoge. Das Projekt wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. In der Zusammenarbeit mit ESYS wurden 2019 insgesamt ein Trialog durchgeführt, was auch die Abschlussveranstaltung des Projekts war.

Trialog: „2050 CO2-neutral: Das Energiesystem wird umgekrempelt. Was bedeutet das für unseren künftigen Alltag?“ |22. Februar 2019 in Berlin

Um die globale Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, muss die Energieversorgung radikal umgestellt werden. Dass wir dafür neue Technologien und wirksame Gesetze brauchen, steht außer Frage. Wir machen uns aber selten bewusst, wie tief dieser Umbau in unseren Alltag eingreifen wird. Soll der weitere Ausbau der Photovoltaik- und Windkraftanlagen begrenzt werden, müssen wir die Energienutzung drastisch reduzieren. Das kann unter anderem bedeuten, dass Autofahren und Fliegen nicht mehr im gleichen Maß möglich sein werden wie heute. Der erforderliche Umbau bringt aber auch Chancen mit sich, beispielsweise um Städte lebenswerter zu gestalten.

Karsten Sach (BMU) erläuterte in seinem Impuls die Bedeutung von Leitbildern und Zielen für die Energiewende.

Welche Veränderungen kommen mit großer Wahrscheinlichkeit auf uns zu, wenn Klimapolitik konsequent umgesetzt wird? Wie können und müssen wir unser tägliches Leben umstellen, um neue Technologien zu integrieren und Energie und Ressourcen effizienter zu nutzen? Beim Trialog tauschten sich Akteure aus Politik & Verwaltung, Wirtschaft, der organisierten Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Medien aus.

1.1.2. Trialog für die AG Mobilität der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 (2019)

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform führte in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Mobilität der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030 den Trialog „Nachhaltig unterwegs – Mobilität jetzt attraktiv gestalten“ durch.

Die „Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030“ (WPN 2030) wurde 2017 gegründet und wird durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Sie hat die Aufgabe, die Umsetzung der „Agenda 2030“ und die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) in Deutschland wissenschaftlich zu begleiten und innovative Impulse in Richtung Politik und Gesellschaft sowie Wissenschaft und Bildung zu geben. Sie soll mit Blick auf zentrale Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung verschiedene Teilgebiete der Wissenschaft und Akteure der wissenschaftlichen Politikberatung mit gesellschaftlichen und politischen Akteuren zusammenbringen und Austausch ermöglichen. Zu den thematischen Schwerpunkten im Jahr 2018 und 2019 zählen die Themen

Nachhaltiger Konsum, Zukunft der Arbeit, (globale) Gemeinschaftsgüter sowie Mobilität. Hierzu wurden entsprechende Arbeitsgruppen eingerichtet.

Trialog: „Nachhaltig unterwegs – Mobilität jetzt attraktiv gestalten“ |19.Juni 2019 in Berlin

Mobilität spielt eine zentrale Rolle in Gesellschaften weltweit: als menschliches Grundbedürfnis, zum Güteraustausch, aber auch als Ausdruck von Lebensqualität. Die Kehrseite: In der Summe verschlingt die Mobilität des Menschen massenhaft endliche Ressourcen, und ihre Emissionen belasten Klima, Luftqualität und Gesundheit. Die im Pariser Klimaabkommen und in der Agenda 2030 vereinbarten Ziele erfordern schnelles und umfassendes Handeln, gerade auch im Verkehrssektor. Wie gelingt eine Wende hin zu nachhaltigen Verkehrs- und Mobilitätssystemen in Deutschland, die möglichst effektiv zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele beiträgt? Hinter dieser Frage stecken viele komplexe Herausforderungen – technische, finanzielle, infrastrukturelle – insbesondere aber auch gesellschaftliche, die einer Erörterung und Diskussion auf breiter Basis bedürfen. Dafür hat die Arbeitsgruppe „Mobilität“ der wpn2030 mit der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform am 19. Juni in Berlin einen Trialog veranstaltet: „Nachhaltig unterwegs – Mobilität jetzt attraktiv gestalten“.

Diskussionsgrundlage waren die bisherigen Arbeitsergebnisse der AG „Mobilität“. Im Fokus standen drei Themen, welche die AG als zentral für eine umfassende Verkehrs- und Mobilitätswende identifiziert hat:

- „Dekarbonisierung der Mobilität“ – wie muss der ordnungspolitische Rahmen angepasst werden für etwa E-Mobilität?
- „Umbau von Städten“ – wie gelingen urbane Gesamtkonzepte für Mobilität?
- „Mobilität auf dem Land“ – wie unterscheiden sich die Herausforderungen und Lösungsansätze für ländliche und städtische Regionen?

1.1.3. Trialog im Rahmen des Projekts „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung (2019-2020)

Das Projekt „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung“ hatte zum Ziel, mehr Klarheit in die gesellschaftliche Debatte über die vielfältigen Nutzen (Multiple Benefits) der energetischen Sanierung zu bringen. Das Projekt wurde von der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform (HVGP) und dem Buildings Performance Institute Europe (BPIE) durchgeführt und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

Dem Gebäudesektor kommt eine besonders hohe Relevanz für den Klimaschutz zu: Ineffiziente Heiztechniksysteme und schlechte thermische Außenhüllen machen den Gebäudesektor zu einem

zentralen Verursacher von Treibhausgasemissionen. In Deutschland sind Gebäude für 35 % des Endenergieverbrauchs verantwortlich und produzieren knapp ein Drittel aller Treibhausgasemissionen. Mit der aktuellen Sanierungsrate von 1 % pro Jahr würde es noch Jahrzehnte dauern, um den heutigen Bestand auf das angestrebte niedrige Verbrauchsniveau zu bringen. Die energetische Sanierung von Gebäuden verringert die Energiekosten und erhöht Energiesicherheit, sie schafft Arbeitsplätze, erhöht den Komfort und Gesundheitsschutz seiner Nutzer*innen und bringt ökologische Vorteile in Form von verbesserter Luftqualität und niedrigeren Emissionen.

Trialog: „Gebäudesanierung - nicht nur gut fürs Klima. Was sind die Zusatznutzen wert? “ | 5. September 2019 in Berlin

Der Trialog „Gebäudesanierung – nicht nur gut fürs Klima. Was sind die Zusatznutzen wert?“ bildete den Auftakt für das 15-monatige Projekt „Zusatznutzen als Treiber der energetischen Gebäudesanierung“.

Ausgangspunkt für die Diskussion bildeten drei Leitfragen:

- Gesundheit, Komfort, Wertsteigerung, Klimaschutzanforderungen – Welche Zusatznutzen der energetischen Sanierung gibt es und für wen sind sie relevant? Spielen die vielfältigen Nutzen bereits heute eine Rolle bei Investitionsentscheidungen?
- Welche Ansätze und Modelle gibt es, Zusatznutzen messbar zu machen? Welche Chancen bieten diese Modelle? Wo liegen Umsetzungshindernisse, um Zusatznutzen zu quantifizieren?
- Welche Stakeholder sollten bei der Entwicklung von Modellen zur ökonomischen Quantifizierung mitwirken?

Der Ansatz, Sanierungsraten über eine Sichtbarmachung und Quantifizierung von nicht-energetischen Nutzen – wie erhöhten Komfort oder besseren Klimaschutz – voranzubringen, wurde allgemein als zielführend erachtet. Gleichwohl wurde darauf hingewiesen, dass Zusatznutzen nur bei denjenigen Gebäudeeigentümer*innen durchdringen, die prinzipiell bereit sind, Sanierungsmaßnahmen anzugehen. Für viele private Eigentümer*innen, hier insbesondere die Selbstnutzer*innen, steht eher der gestiegene Komfort und die Funktionalität der Immobilie im Vordergrund und weniger eine rationale Kosten-Nutzen-Kalkulation.

1.1.4. Veranstaltungen im Projekt „Energiewende PartnerStadt“ (2018-2020)

Ziel des Projekts „Energiewende PartnerStadt“ ist, über Ländergrenzen hinaus Know-how und Erfahrungen zur lokalen Energiewende auszutauschen, den Technologietransfer im Bereich Erneuerbare Energien zu erleichtern und den Zusammenhalt in Europa zu unterstützen. Das Projekt wird von der HUMBOLDT-VIARDINA Governance Platform in Kooperation mit der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. durchgeführt und vom Auswärtigen Amt (AA) gefördert.

Zwischen Mai 2019 und Herbst 2020 sollen sich fünf Energiewende Partnerstadtpaare in Workshops und Veranstaltungen vernetzen, voneinander lernen sowie Exkursionen zu erfolgreichen Praxisbeispielen unternehmen. Mit dem Projekt werden sowohl Vorbild-Kommunen in ihrem Transformationsprozess unterstützt und das gegenseitige Verständnis für energiewirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Interessen vertieft als auch Ideen für die Herausforderungen der kommenden Jahre entwickelt: etwa der Übergang von Kohlestrom zu Erneuerbaren Energien oder die Förderung von Klimabildung oder die genossenschaftliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Expertenjury, bestehend aus HVGP, AEE, AA, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie dem Verband kommunaler Unternehmen, hatte sich im März 2019 für die fünf Kooperationen auf Basis von eingereichten Projektideen entschieden.

- Alheim (Hessen) – Dunleer/Louth (Irland)
- Braunsbedra (Sachsen-Anhalt) – Kozani (Griechenland)
- Marburg-Biedenkopf (Hessen) – Koscierzyna (Polen)
- Pfaffenhofen (Bayern) – Galway (Irland)
- Steinhagen (Nordrhein-Westfalen) – Woerden (Niederlande)

Auftaktveranstaltung in Berlin| 27.-29.Mai 2019

An der Auftaktveranstaltung im Mai nahmen alle ausgewählten Städtepaare teil. Insgesamt gab es 43 Teilnehmende, inklusive der Vertreter*innen aus dem Auswärtigen Amt, der Agentur für Erneuerbare Energien sowie der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform. Der 27.Mai 2019 war Anreisetag für die Kommunen, die von weiter entfernt kamen. Am 28.Mai 2019 erfolgte eine Willkommensveranstaltung im Auswärtigen Amt, auf der sich die teilnehmenden Städtepaare vorstellten und bereits laufende oder geplante Energiewendeprojekte und -kooperationen vorstellten. Ebenfalls gab es einen Vortrag zu Energiegenossenschaften, um inhaltlich mit den Städtepaaren ins Gespräch zu kommen. Am Abend wurde im Anschluss an ein Willkommensessen ein Energiewende- Quiz durchgeführt. Am Vormittag des 29.Mai 2019 wurde eine Exkursion zum Energiezentrum Pankow vorgestellt, was sich insbesondere mit Bildungsthemen zur Energiewende auseinandersetzt. Anschließend hatten die Städtepaare die Möglichkeit, sich bilateral auszutauschen bevor die Teilnehmenden individuell abreisten.

Austausch Woerden-Steinhaben| 11.Oktober 2019

Am 11. Oktober 2019 besuchte die Gemeinde Steinhagen ihre Partnergemeinde Woerden. Die Steinhagener Delegation mit Akteuren aus Politik & Verwaltung, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft reiste zum Workshop mit dem Bus an, mit vielen Fragen im Gepäck, wie die Energiewende im niederländischen Woerden funktioniert. Zum Auftakt im frisch sanierten Rathaus begrüßte Bürgermeister Victor Molkenboer die Gäste aus Deutschland. Ein Film über die Bedeutung lokaler Klimamaßnahmen und die Aktivitäten der Woerdener Gemeinde diente als Einstieg ins Thema. Im weiteren Verlauf des Vormittags gab es eine Reihe von Vorträgen, welche die Woerdener Aktivitäten auf dem Gebiet der Energiewende und Nachhaltigkeit konkretisierten. Hervorzuheben ist beispielsweise das Rathaus, welches umfassend saniert wurde und durch Geothermie und Photovoltaikanlagen auf dem Dach beinah energieneutral ist. Am Nachmittag teilte sich die Gruppe auf drei Exkursionen auf. Die erste Exkursion startete mit einem Vortrag und einem Besuch des ersten energieneutralen Supermarktes der

LIDL-Kette in Holland. Die zweite Exkursionsgruppe besichtigte den Schweinezuchtbetrieb Kreuger, der sich intensiv mit der Balance zwischen einem finanziell gesunden Betrieb, dem Tierwohl und der Umwelt beschäftig. Mit Gemeindefahrrädern und Elektroautos war die dritte Gruppe unterwegs, die als erstes das Unternehmen Stonecold besuchte, welches als Servicehändler für Luft- und Wasser-Wärmepumpen fungiert und selbst auf eine nachhaltige Energieversorgung setzt, indem 156 Sonnenkollektoren auf dem Dach den Strom für die Wärmepumpen im eigenen Gebäude liefern. Alle Exkursionsgruppen kamen im nachhaltigen Bürogebäude MeetInOffice wieder zusammen. Zum Abschluss wurde das gemeinsame Abendessen durch einen Fotorückblick vom Tag begleitet.

1.1.5. Multi-Akteurs-Workshops im Projekt: „Partizipatorische Entwicklungsstrategie für die Lausitz“

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform führt für das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) das Projekt „Partizipatorische Entwicklungsstrategie für die Lausitz“ durch.

Viele Initiativen, die sich mit der Zukunft der Lausitz befassen, fokussieren sich auf kommunale und regionale Infrastrukturprojekte, Technologie und wirtschaftliche Ansätze, um die Region zu entwickeln. Dies ist notwendig, aber nicht hinreichend für eine gedeihliche Entwicklung. Für eine partizipatorische Entwicklungsstrategie, bei der die Bürger*innen selbst gemeinsam die Transformation beraten und vorantreiben wollen, brauchen wir eine Multi-Akteurs-Teilhabe: Kommunale Politik/Verwaltung – Wirtschaft – Zivilgesellschaft – Wissenschaft. Das Ziel sollte sein, Fragen der Kultur und Identität (Selbstverständnis und Selbstwertgefühl), Bürgernähe, Vertrauen und Mut zu Veränderungen und weitere sozialpsychologische Aspekte in den Strukturwandelprozessen zu integrieren. Unser Projekt zur Erarbeitung einer langfristigen partizipatorischen Entwicklungsstrategie möchte hier ansetzen: Perspektivenvielfalt und Austausch von Argumenten und Begründungen als Grundlage der Kooperation und Zukunftsgestaltung zu etablieren. Wie wichtig die Integration der diversen Sichtweisen ist, zeigen die vielen Initiativen, die in den letzten Jahren entstanden sind.

Das Projekt umfasst einen Workshop im August 2019 zum Thema Herausforderungen und Akteure des Transformationsprozesses, einen Workshop im November 2019 zum Thema Ziele und Formate einer partizipativen Entwicklungsstrategie sowie einen Trialog im Januar 2019, der die Diskussion der Ergebnisse zum Ziel hat.

Sondierungsgespräche in Vorbereitung auf das Projekt| 11.März 2019

Austausch mit verschiedenen Akteuren in der Lausitz, um die Idee einer partizipatorischen Entwicklungsstrategie zu besprechen. Dabei waren u.a. Klaus Freytag – Lausitzbeauftragter des Landes Brandenburg, Christine Herntier – Bürgermeisterin Spremberg und Sprecherin der Lausitzrunde, Markus Binder – LEAG AG, Carel Mohn – Vorstand Lausitzer Perspektiven e.V..

Auftaktworkshop | 27.August 2019, Cottbus

Es waren 30 Teilnehmende auf dem Workshop anwesend, um Kultur, Identität und Selbstwirksamkeit im Strukturwandel und die Idee einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie zu diskutieren. Vorträge über den Stand des Strukturwandels erfolgten durch Klaus Freytag, Lausitzbeauftragter des Landes Brandenburgs und Monika Meschede von Bülow aus der Sächsischen Staatskanzel (jetzt Sächsisches Staatsministerium

für Regionalentwicklung). Um die Bedeutung von Kultur und Austausch in der Lausitz zu unterstreichen, gaben Sarah Gwiszcz mit ihrem Modelabel *Wurlawy* und Sibille und Alexander Tetsch mit ihrem Restaurant *Schmeckerlein* einen Input.

Workshop „Breite Beteiligung für den Strukturwandel in der Lausitz“| 13.November 2019 in Weißwasser

Auf dem zweiten Workshop waren 25 Personen anwesend, um unter anderem folgende Fragen zu diskutieren:

- Was sind Ziele, Erwartungen und Kriterien eines Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung für eine Strategie zum Strukturwandel? Was sind gute Beispiele und Beteiligungsformate einer Transformation?
- Können wir aus anderen Regionen lernen?
- Auf welche Zeitspanne soll eine partizipative Entwicklungsstrategie angelegt sein?
- Welche Mehrwerte können bei einer partizipatorischen Herangehensweise entstehen und wie können diese abgesichert werden?

Inputvorträge erfolgten u.a. von Katja Müller – Zukunftswerkstatt Lausitz, Toralf Smith – Gesamtbetriebsrat Lausitz, Lukas Rietzschel – Schriftsteller, Wilhelm Gebhard – Bürgermeister Wanfried und Jan Hufenbach, Raumpioniere Oberlausitz.

1.1.6. Sonstige Aktivitäten unseres Trialog-Bereichs Energiewende

Interview Joint Institute for Innovation Policy (JIIP): Citizen Involvement in the Energiewende| 3. April 2019

Interview im Rahmen einer Studie zur Beratung der Europäischen Kommission, die untersucht, welche Beteiligungsverfahren und Akteure von politischen Entscheidungsträgern genutzt werden, um die Energiewende in Europa voranzubringen.

Teilnahme an Paneldiskussion „Expertise im Nexus Möglichkeiten der Koordination und Vernetzung von Klima-, Verkehrs-, Energie- und Verbraucherpolitik“ | 18.09.2020 Wissenschaftszentrum Berlin

Zwischen der Klima-, Energie-, Verkehrs- und Verbraucherpolitik bestehen zunehmend Wechselwirkungen, etwa im Rahmen der „Sektorkopplung“. An den Schnittstellen zwischen diesen Politikfeldern sind Akteure mit einer Vielzahl komplexer Koordinations- und Wissensprobleme konfrontiert. Der Workshop diskutierte die Ziele und Funktionen unterschiedlicher Expertenarrangements zur Bewältigung von Politikfeldinterdependenzen zwischen Klima-, Energie-, Verkehrs- und Verbraucherpolitik und lotete Potentiale und Grenze ausloten.

Im Fokus standen dabei insbesondere die Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure sowie der Umgang mit Deutungs- und Interessenskonflikten unter den Bedingungen der Sektorkopplung: Welche Formate der Koordination und Wissensproduktion im Nexus von Politikfeldern haben sich in den vergangenen Jahren herausgebildet? Welche Strategien werden verfolgt, um Schnittstellenproblemen zu begegnen? Welche dieser Formate beteiligen ein möglichst breites

Spektrum an Akteursgruppen und welche setzen eher auf einen ausgewählten Akteurskreis? Wie offen sind sie für unterschiedliche oder sogar widersprüchliche Konzepte, Methoden und Lösungsstrategien? Mit welcher dieser Strategien gelingt es, die politische Aufmerksamkeit auf Schnittstellenprobleme und Herausforderungen der Sektorkopplung zu lenken?

1.2. Trialoge und Workshops im Bereich Stadtentwicklung

1.2.1. Transdisziplinäre Trialoge für eine „Neue Urbane Agenda Berlin“

Für die Zukunft Berlins ist es wichtig, die Verkehrsinfrastruktur an zukünftige Bedarfe anzupassen, Lösungen zur Integration von Zugewanderten umzusetzen, den zunehmenden Tourismus nachhaltig zu gestalten, sowie den Bewohnerinnen und Bewohnern bedarfsgerechten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Das transdisziplinäre Projekt „Neue Urbane Agenda Berlin“ möchte zum Verständnis aktueller und zukünftiger Herausforderungen der wachsenden Stadt beitragen und strebt die verständigungsorientierte Auseinandersetzung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessengruppen an. Mittels Trialogen sollen unter Beteiligung aller Stakeholder – aus Politik und Verwaltung, organisierter Zivilgesellschaft, lokaler Wirtschaft und Wissenschaft – konkrete transdisziplinäre Handlungsstrategien entwickelt und neue Impulse für die Berliner Stadtgesellschaft gesetzt werden.

Innerhalb der zwei Jahre Projektlaufzeit (2018 bis 2020) veranstalten wir – in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität (TU) Berlin – vier Trialoge mit vier darauffolgenden trialogischen Forschungsgruppen zu den stadtpolitischen Herausforderungen Mobilität, Zuwanderung, Wohnen und Tourismus.

Diese vier urbanen Handlungsfelder sind für die Stadt Berlin von hoher Relevanz, wie auch im Koalitionsvertrag der Landesregierung deutlich wird. Mit dem Projektkonzept der transdisziplinären Trialoge bietet sich dem Land Berlin die Chance, diese akuten und mittelfristigen stadtpolitischen Themen vertrauensvoll und partizipativ zu diskutieren und im Austausch zukunftsfähige Lösungsansätze zu entwickeln. Zugleich sollen die städtischen Bewohner*innen, neben Vertreter*innen aus Politik und

Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft, als verantwortliche Entwicklungsakteure gesehen, befähigt und bestärkt werden.

Dabei wird der gesamte transdisziplinäre Prozess – von der Definition eines Handlungsfeldes oder einer Forschungsfrage, über die Entwicklung eines konkreten Projektdesigns bis hin zu der Umsetzung des Projektes – durch das Projektteam der TU, angesiedelt im Präsidialbereich der Vizepräsidentin Prof. Dr.-Ing. Christine Ahrend für Forschung, Berufungsstrategie und Transfer, aktiv begleitet. Ziel des Projekts ist den aktuellen Forschungsbedarf aufzudecken, neue Erkenntnisse und neues Wissen durch Verständigung zu generieren, um Handlungsoptionen abzuleiten und diese in Modellvorhaben weiterzuentwickeln und zu erproben.

Trialog III: Wohnen in Berlin: Perspektiven für die wachsende Stadt | 06. Februar 2019 in Berlin

Unser dritter Trialog® "Wohnen in Berlin: Perspektiven für die wachsende Stadt" befasste sich mit der Frage, wie Wohnen in Berlin für alle Bürger*innen nachhaltig gestaltet werden könnte. 64 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft diskutierten über drängende Herausforderungen und Handlungsoptionen.

Trialog IV: Tourismus in Berlin: Wieviel Tourismus verträgt die wachsende Stadt? | 14. März 2019 in Berlin

Unser finaler Trialog® „Tourismus in Berlin: Wieviel Tourismus verträgt die wachsende Stadt?" befasste sich mit der Frage, wie der stetig wachsende Tourismus in Berlin nachhaltig, wirtschaftlich effizient und gleichzeitig stadtverträglich gestaltet und genutzt werden könnte. 72 Teilnehmer*innen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft diskutierten dies am 14. März 2019.

Ergebnisse der Trialoge weiterdenken: Trialogische Forschungsgruppen

Die anschließenden Trialogberichte dienten der Ableitung von Handlungsfeldern und der Konkretisierung von Projektideen innerhalb der vier Themenbereiche. Diese galt es umzusetzen.

Trialogische Forschungsgruppen der HVGP erarbeiteten aufbauend auf den in den Trialogen identifizierten Handlungsbedarfen gemeinsam spezifische Projektideen für Berlin in den vier Themenfeldern. Die Treffen wurden mit innovativen Methoden und Kreativtechniken der Projektarbeit gestaltet und durch eine professionelle externe Moderation angeleitet.

In Verantwortung der HVGP und in Absprache mit der TU Berlin wurde ein gezieltes ergänzendes Akteurs-Mapping zum spezifischen Thema der geplanten Projektgruppe durchgeführt. Ausgewählte Personen aus der Wissenschaft (TU Berlin), Politik & Verwaltung, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft wurden von der HVGP eingeladen, um perspektivenreiche Projektgruppen zu besetzen. Das heißt, in den Arbeitskreisen wurden viele unterschiedliche und mitunter antagonistische Perspektiven zusammengebracht. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Funktionen, Erfahrungen und Machtpotenziale deckten die Teilnehmer*innen somit ein breites Spektrum wichtiger gesellschaftlicher Perspektiven ab

und es wurde verhindert, dass einseitig Handlungsbedarfe benannt und Lösungswege beschritten wurden. Die Teilnehmer*innenzahl pro Projektgruppe betrug zwischen sieben und 15 Personen.

Die Projektgruppen trafen sich zu je zwei ca. 3-stündigen Workshops.

Nach den Projektgruppentreffen wurden Ergebnisprotokolle durch die HVGP angefertigt, die allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt wurden. Im Nachgang wurden Skizzen für gemeinsame Forschungsprojekte erarbeitet, die Wissenschaft und Stadtgesellschaft gleichermaßen zu Gute kommen und dem Auftrag einer transdisziplinären Wissenschaft gerecht werden. Diese dienen als Grundlage für die Fördermittelakquise.

Folgende vier transdisziplinären Forschungsgruppen wurden von der HVGP organisiert:

- Themenfeld Mobilität: Nachhaltiger Lieferverkehr – Lebensqualität im Kiez
- Themenfeld Zuwanderung: Sprachenatlas. Ein CitizenScience-Projekt zur Mehrsprachigkeit in Berlin
- Themenfeld Wohnen: Forschen mit Kindern und Jugendlichen zur Wohnqualität in der Großwohnsiedlung
- Themenfeld Tourismus: RealLabor StadtTourismus SpreeRaum

1.2.2 Zwischenbilanz: Leitlinien für Partizipation beim Wohnungsbau

Die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform führte 2017 in Kooperation mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eine Trialog-Reihe zum Thema “Partizipation im Wohnungsbau“ durch, um die Herausforderungen der wachsenden Stadt gemeinwohlorientiert zu diskutieren und breit akzeptierte Lösungen zu finden. Berlin wächst mit großer Dynamik und bezahlbarer Wohnraum wird knapp. Die städtischen Wohnungsunternehmen sind Partner der Landesregierung: auf landeseigenen Flächen soll neu gebaut und auf innerstädtischen Flächen nachverdichtet werden. Der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern wird dabei ein zunehmend hoher Stellenwert zugemessen.

Seit 2018 befinden sich die Leitlinien für gute Partizipation im Wohnungsbau in einer Testphase. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wollen bei Bauprojekten eine Vorbildfunktion für eine umfassende Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern übernehmen. Seit der öffentlichen Vorstellung der Leitlinien Mitte Januar 2018 sind zwei Jahre vergangen, in denen die Leitlinien in der Praxis angewendet wurden.

Daher wurde im Herbst 2019 eine neue Projektphase gestartet, mit dem Ziel, Erfahrungen mit den Leitlinien einzusammeln und diese gemeinsam, perspektivenreich und zukunftsgerichtet zu diskutieren und ein erstes Stimmungsbild zu erheben. Hierbei flossen die bisherigen Erfahrungen der Landeseigenen und der Stadtgesellschaft ein. Die Evaluation durch die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform basiert auf einem zweistufigen Verfahren:

1. 15 strukturierte Interviews mit Schlüsselakteuren aus der Berliner Politik, Verwaltung, Wohnungswirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft und Wissenschaft im Zeitraum vom 15.10.2019 bis zum 01.11.2019.

2. Diskussion und Reflexion der bisherigen Erfahrungswerte im Rahmen einer perspektivenreichen Diskussionsveranstaltung auf Basis der Trialog®-Methodik der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform am 07.11.2019.

1.2.3 Transnationaler Austausch im Trialog „Städte für Bürger*innen: Zivilgesellschaftliche Partizipation in Berlin und Minsk“

Das Projekt unterstützte den Austausch von Stakeholdern zu Herausforderungen, Erfahrungen, Risiken und Lösungen von guter Bürger*innenbeteiligung in Stadtentwicklungsprozessen. In Minsk, wo die Beteiligungsprozesse noch am Anfang stehen, bedarf es einer besseren Implementierung der legal verankerten Prinzipien der öffentlichen Beteiligung und einer nachhaltigen Entwicklung durch die lokale Verwaltung. Langfristig kann die Etablierung von tragfähigen Beteiligungspraktiken im Rahmen der Stadtentwicklung allgemein zu einer besseren Lebensqualität der gesamten Bevölkerung beitragen. Das Projekt bestand aus einem Partneraustausch in Minsk (Mai 2019), einem dreitägigen Programm mit einem Trialog® in Minsk (Oktober 2019) und einem abschließenden Partnerbesuch in Berlin (November 2019).

- **Partnertreffen BUA in Berlin| 26.-30. Mai 2019:**

Vom 26. bis zum 30. Mai 2019 fand das erste Partnertreffen zwischen den Belarussischen Architektenunion (BUA) und der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform (HVGP) in Minsk, Belarus statt, um über aktuelle Herausforderungen der Stadtentwicklung in Minsk zu sprechen. Das Projekt wurde Akteuren aus der Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft, das Committee der Architekten der Stadt und den Vorstand des BUA vorgestellt.

- **Trialog “Zukunft der Stadt” in Minsk | 2.-6. Oktober 2019**

In einem deutsch-belarusischen Trialog wurden die Möglichkeiten von Partizipation in der Stadt- und Regionalentwicklung diskutiert. Der zweitägige Trialog fand mit etwa 40 Teilnehmer*innen aus Belarus und 10 Teilnehmer*innen aus Berlin in Minsk statt. Ein dritter Tag diente zur Exkursion in Minsk mit Besichtigung von Praxis-Beispielen der partizipativen Stadtentwicklung. Der Trialog® bot Akteuren aus der organisierten Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft eine Plattform zur Diskussion über nachhaltige Stadtentwicklung. Im Austausch über Problematiken und Handlungsmöglichkeiten der Akteure in Minsk und Berlin wurden Expert*innen im Bereich Städteentwicklung und Bürger*innenbeteiligung zusammengebracht. Ziel des Trialogs war es, Beteiligung in der Stadtentwicklung auf lokaler Ebene voranzutreiben und so zur Implementierung der rechtlich vorgesehenen Bürger*innenbeteiligung beizutragen.

- **Abschlusstreffen in Berlin | 26.-29. November 2019**

Drei Vertreter der Interessengruppen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft aus Belarus hatten die Gelegenheit, die deutsche Partnerorganisation in Berlin zu besuchen und sich über aktuelle

Stadtentwicklungsprojekte zu informieren. Im Rahmen des Programms besuchte das Team lokale Projekte, um ein besseres Verständnis der aktuellen Wohnsituation zu erlangen. Treffen mit wichtigen Vertreter*innen der organisierten Zivilgesellschaft und der Politik gaben Einblick in neue partizipatorische Prozesse und ermöglichten den Teilnehmern, wertvolle Netzwerke zu wichtigen lokalen Akteuren aufzubauen. Expert*innen für nachhaltigen Städtebau präsentierten ihre Projekte und tauschten ihr Know-how mit den Teilnehmern aus. Schließlich erkundeten die Gäste lokale partizipative Projekte wie das Tempelhofer Feld und das Forschungsprojekt Roof Water Farm, um einen Eindruck ihrer praktischer Erfahrungen zu bekommen.

1.2.4 Multi-Stakeholder-Gespräche in Kooperation mit Vonovia zur Rolle der privaten Wohnungsgesellschaften

Wohnen in Ballungsräumen stellt Stadtgesellschaft, Politik und private Wohnungsunternehmen vor herausfordernde Fragen nach Mieten, Neubau, Quartiersentwicklung und Verdichtung. Vor allem durch den fortdauernden Bevölkerungsanstieg übersteigt die Wohnungsnachfrage oft das Angebot. Steigende Wohnkosten, widerstreitende Interessen auf dem Immobiliensektor und verhärtete Fronten der beteiligten Akteure prägen die derzeit angespannte Debatte. Der Protest von Bewohner*innen richtet sich dabei oft gegen die zunehmende Privatisierung des Wohnungsmarktes und gegen Gentrifizierungsprozesse.

Zur Befriedung von städtischen Konflikten im Sinne einer Kultur der Partizipation auf Stadtebene bedarf es einer gemeinsamen Gesprächsebene der verschiedenen Akteure und eines Austausches über die Verantwortung auch von privaten Wohnungsunternehmen.

Die Multi-Akteurs-Gespräche zur Wohnraumversorgung in Städten bieten im vertrauten Rahmen die Möglichkeit an darüber zu diskutieren, wie eine Kommunikations- und Kompromissfähigkeit der beteiligten Akteure gefördert und mit welchen Handlungsoptionen die widerstreitenden Positionen zueinander gebracht werden können. Unter der Moderation von **Prof. Dr. Gesine Schwan** diskutieren jeweils 10-15 Akteure über aktuelle Themen der Wohnraumversorgung in Berlin im Allianz Forum. Die vier-stündigen Gespräche werden als Nachmittagsveranstaltungen geplant.

Gespräch: Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine sozial verträgliche Wohnraumversorgung in Städten| 3. Juni 2019:

Organisiert durch die HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform und unter der Moderation von Prof. Dr. Gesine Schwan diskutierten 15 Akteure über „Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für eine sozial verträgliche Wohnraumversorgung in Städten“ im Allianz Forum in Berlin.

Gespräch: Die Rolle privater Wohnungsgesellschaften für Mietregulierung| 30. August 2019:

12 Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft und organisierter Zivilgesellschaft sondierten gemeinsam Probleme und Handlungsoptionen für eine Mietregulierung und stärkere Transparenz des Wohnungsmarktes in Städten. Die Teilnehmer*innen diskutierten über Möglichkeiten, bezahlbaren Wohnraum in angespannten Wohnungsmärkten deutscher Großstädte zu fördern. Insbesondere Richtung

und Verträglichkeit einer Regulierung des Marktes, derzeitige politische Instrumente wie der Mietendeckel sowie die Frage des Neubaus wurden differenziert diskutiert.

1.2.5 Austauschform: Transdisziplinarität: Stärken! Am 12. und 13. Juni 2019

Das Forum richtete sich an alle, die an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis arbeiten, die transdisziplinär forschen, oder transdisziplinäre Prozesse gestalten (wollen). Gemeinsam mit den 12 Teilnehmer*innen wurden anhand transdisziplinärer Methoden aktuelle Herausforderungen für die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis erarbeitet, Formate diskutiert, und über die verschiedenen Kommunikationsbedürfnisse der Stakeholdergruppen innerhalb transdisziplinärer Projekte gesprochen. Die Teilnehmer*innen stellten ihre aktuellen Projekte vor, um in einem geschlossenen Raum ihre persönlichen Erfahrungen und Erkenntnisse teilen zu können. Ziel der Veranstaltung war es, Akteure zu vernetzen, die an der Schnittstelle von Praxis und Wissenschaft arbeiten und transdisziplinäre Projekte mitgestalten. Vertreten waren unter anderem das InnovationHub 13 in der Lausitz, das KosiLab in Dortmund und die Plattformen TransImpact Berlin und „Bürger Schaffen Wissen“. Diese Vielfalt an Expert*innen lud zu regen Diskussionen in folgenden Themenfeldern ein:

1. Bedingungen für und Hürden der transdisziplinären Arbeit
2. Wichtige Lernmethoden und essentielle Akteurs- und Projektplanung
3. Wirkung und Kommunikation von transdisziplinären Projekten

Die Veranstaltung wurde von dem Verein der ehemaligen Stipendiat*innen der Heinrich-Böll-Stiftung gefördert.

1.3 Zukunft der Demokratie: Die Rolle der Wirtschaft

Die Trialog-Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?“ war eine gemeinsame Initiative der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und der HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform. In unserer Reihe „Wer trägt Verantwortung für die Zukunft der Demokratie?“ haben wir 2019 im März die dritte und letzte Veranstaltung durchgeführt.

Eine gemeinsame Initiative von:

Trialog III: Demokratie und Marktwirtschaft – Nur gemeinsam stark?

| 15. März 2019 in Berlin

Die dritte und letzte Veranstaltung der Reihe fand am 15. März 2019 im Allianz Forum in Berlin statt. Im Zentrum stand die Frage, wie nachhaltige Wirtschafts- und Sozialpolitik heute gestaltet sein muss. Gemeinsam mit den Inputgeber*innen und Teilnehmer*innen haben wir die Bedeutung von Arbeit für eine Gesellschaft diskutiert. Wir haben die Folgen einer neoliberal geprägten Wirtschaftspolitik analysiert und – eng damit zusammenhängend – über die steigende soziale Ungleichheit und deren politische Folgen gesprochen: den Erfolg rechtspopulistischer Parteien. Und natürlich haben wir darüber debattiert, welche Verantwortung die Unternehmen in Deutschland heute tatsächlich für Gesellschaft und Demokratie übernehmen (können).

2 Förderung von Transparenz und Partizipation durch globale Multi-Akteurs-Partnerschaften

Ziel der HUMBOLDT-VIADRINA ist es, demokratische Prozesse und durchdachte Governance-Strategien in Deutschland, Europa und der Welt fördern. Weiterhin soll die Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren gefördert werden, um Verständigung durch einen argumentativen Austausch zugunsten nachhaltiger Politik zu ermöglichen und Transparenz, demokratische Partizipation und Verantwortlichkeit der Bürger zu stärken.

Wir konzentrieren uns dabei insbesondere auf die beiden Good Governance-Grundprinzipien **Transparenz** der Entscheidungen und **Partizipation** derjenigen, die Entscheidungen unterworfen sind. Beide Grundprinzipien spielen als identitätsstiftende, vertrauensbildende und gemeinschaftlichkeitsfördernde Elemente eine herausragende Rolle

Unser Verständnis von Good Governance geht normativ von verfassten Demokratien aus, deren Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse durch neue Akteure und Verfahren ergänzt werden müssen, um die Prinzipien Verantwortlichkeit, Transparenz und Partizipation wirksamer umzusetzen. Im politischen Bereich müssen auf allen Ebenen im vorstaatlichen Raum Verständigungsprozesse dafür sorgen, dass die repräsentativ-demokratisch legitimierten Entscheidungen transparenter, kompetenter und gerechter ausfallen, um der gleichen Würde aller Menschen – dem normativen Fundament von

Demokratien – besser zur Wirksamkeit zu verhelfen. Als effektiv und erfolgreich dafür haben sich argumentative Auseinandersetzungen – „Deliberation“ und „antagonistische Kooperation“ – zwischen staatlicher Politik, Vertretern des Unternehmenssektors und der organisierten Zivilgesellschaft (einschließlich Gewerkschaften und Kirchen) herausgestellt. Zugleich soll die Wissenschaft ihre Einsichten in diese Auseinandersetzung einspeisen und Medien für die Kommunikation dieser Verständigungsprozesse sorgen.

Good Governance ist kein abgeschlossenes Modell, sondern lernt aus Erfahrungen und entwickelt sich immer weiter, um dem Ziel der gleichen Würde aller Menschen global zur Durchsetzung zu verhelfen.

Die Förderung der Good Governance und des demokratischen Staatswesens möchten wir durch verschiedene Projekte unterstützen, die jeweils einen Multi-Akteurs-Ansatz verfolgen. Durch das Zusammenbringen der unterschiedlichen Positionen der verschiedenen Akteure können sie neue Lösungshorizonte eröffnen, gegenseitiges Verständnis fördern und Lernprozesse anregen. Sie bieten die Chance, festgefahrene gesellschaftliche Debatten aufzubrechen und die Problemdefinition aus einer stärker integrierten Sicht zu betrachten.

2.1. Förderung von Transparenz und Partizipation in der globalen marinen Fischerei

Fisheries Transparency Initiative

Das Verständnis für eine nachhaltige und verantwortungsvolle Fischerei ist mittlerweile weit verbreitet. Die damit verbundenen Vorteile umfassen nicht nur wirtschaftliche, soziale und ökologische; eine vorausschauende Fischerei- und Ressourcennutzungspolitik leistet auch einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherheit. Länder auf der ganzen Welt engagieren sich daher in nationalen, regionalen und globalen Initiativen zur Erhaltung der biologischen Vielfalt der Meere und unterstützen den Fangfischereisektor bei der Bereitstellung von Einkommen und Nahrungsmitteln für Millionen von Menschen.

Die Wichtigkeit des Fischereisektors wird auch durch die Nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen widergespiegelt. Ziel 14 (Leben unter dem Wasser) lautet „Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.“

Für eine nachhaltige Entwicklung der Fischerei gibt es viele Möglichkeiten; es besteht jedoch Einigkeit darüber, dass die öffentliche Verfügbarkeit glaubwürdiger Informationen ein wesentlicher Bestandteil ist. Diesem Ziel hat sich die von uns initiierte Fisheries Transparency Initiative (FiTI) verschrieben. FiTI ist eine globale Multi-Akteurs-Partnerschaft zur Stärkung von Transparenz und Partizipation für eine nachhaltige Fischerei.

Die der FiTI zugrundeliegende Überzeugung (Theory of Change) besteht darin, dass die öffentliche Bereitstellung von Informationen hinsichtlich des Managements der nationalen, marinen Fischerei die Nachfrage nach Rechenschaftspflicht anregt und somit zu einer besseren und demokratischeren Entscheidungsfindung in der Fischerei- und Ressourcennutzungspolitik führen wird. Jedoch wird die Verbesserung von Transparenz nur zu echten Veränderungen führen, wenn die öffentlich bereitgestellten und zugänglichen Informationen auch als glaubwürdig angesehen werden.

Daher basiert FiTI auf einer eindeutigen Multi-Akteurs-Orientierung:

- Auf *nationaler Ebene* wird FiTI in teilnehmenden Ländern durch Multi-Akteurs-Gruppen umgesetzt, die sich aus Vertreter*innen der nationalen Regierung, der Wirtschaft (industrielle Fischerei und Kleinfischer) und der organisierten Zivilgesellschaft zusammensetzen. Jedes teilnehmende Land wird auf Basis eines festgelegten Prozesses (gemäß dem FiTI Standard) regelmäßig über den Stand der öffentlich zugänglichen Informationen berichten und bei Bedarf Verbesserungen an der Transparenz und Partizipation herbeiführen.

- Auf *internationaler Ebene* wird FiTI durch ein Multi-Akteurs-Verwaltungsrat geleitet, was sich ebenfalls aus internationalen Vertreter*innen von Regierungen, Wirtschaft und der organisierten Zivilgesellschaft zusammensetzt. Die FiTI „gehört“ also keiner eigenen Organisation oder Akteursgruppe alleine – sie ist eine Multi-Akteurs-Partnerschaft im Sinne der Vereinten Nationen Nachhaltigkeitsziele.

Wir haben auch in 2019 wieder das Internationale Sekretariat der Initiative gestellt. Neben der kontinuierlichen Fortführung der Implementierungsarbeiten in den ersten Ländern, wie etwa Mauretanien, Senegal und Seychellen lag der Schwerpunkt jedoch in der Definierung und operativen Gestaltung eines organisatorischen und legalen Handlungsrahmen für die legale Institutionalisierung des FiTI Internationalen Sekretariats auf den Seychellen (als globale Mitgliedsorganisation).

Der Höhepunkt in diesem Jahr war die offizielle Eröffnung des Internationalen Sekretariats der FiTI am 28. Mai 2019 in der Hauptstadt der Seychellen, Victoria. An der Zeremonie nahmen der Staatspräsident der Seychellen, Danny Faure, Vizepräsident Vincent Meriton, Mitglieder der Regierung und des diplomatischen Corps sowie nationale und internationale Interessenvertreter des Fischereisektors teil. Die Eroeffung folgte auf eine Zusage, die Vize-Praesident Meriton im Namen der Seychellen auf der "Our Ocean Conference 2018" in Bali, Indonesien, gegeben hat.

Darüber hinaus wurde Ende 2019 noch eine weitere wichtige Zukunftsentscheidung getroffen: Frau Dr. Valeria Merino wurde als neue Vorsitzende des Internationalen Verwaltungsrates der FiTI gewählt. Dr. Merino wird zunächst für eine Amtszeit von 3 Jahren, beginnend am 01. Januar 2020, die Nachfolge von Prof. Dr. Peter Eigen antreten, der das FiTI initiiert hat und seit April 2017 den Gründungsvorsitz inne hatte. Frau Dr. Merino, geboren in Ecuador und derzeit in Washington D.C. lebend, hat sich in den letzten 30 Jahren ihrer beruflichen Laufbahn für einen Systemwandel in Bereichen wie Transparenz, Korruptionsbekämpfung, Demokratie und nachhaltige Entwicklung eingesetzt.

Auch 2019 konnten wir wieder über weite Strecken auf eine finanzielle Förderung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zurückgreifen. Dazu kam im Juli 2019 eine Zusage der US-Amerikanischen Gordon and Betty Moore Foundation zur Förderung der FiTI in Afrika und Lateinamerika. Die Zusage umfasst einen Zeitraum von 2 Jahren (Juli 2019 – Juni 2021) sowie ein Fördervolumen von 779.000 USD.

Mit der feierlichen Eröffnung und der darauffolgenden, in 2019 abgeschlossenen operativen Übergabe, der Ernennung einer neuen Verwaltungsratsvorsitzenden sowie einer finanziell-gesicherten Basis durch die Förderung der Moore Foundation, konnten wir unser initiales Ziel, die FiTI auf solide und eigenständige Beine zu stellen, erfolgreich abschliessen. Wir wünschen der Fisheries Transparency Initiative (FiTI) in ihrer neuen Heimat und bei den kommenden wichtigen Aufgaben weiterhin viel Erfolg.

www.fiti.global

2.2. Förderung von Transparenz des Klimahandelns der G20-Staaten

Um die Folgen des globalen Klimawandels zu minimieren, ist eine schnelle Dekarbonisierung durch ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen von Staaten unabdingbar. Die Umsetzung des Pariser Abkommens und die Analyse der nationalen Klimabeiträge (NDCs) erfordern ein transparentes Monitoring System. Erhöhte Transparenz von Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere durch unabhängige evidenzbasierte Assessments, kann zur Bewusstseinsstärkung und erhöhtem Handlungsdruck beitragen.

Eine schnelle Dekarbonisierung erfordert eine starke Führungsrolle von Regierungen – die G20, verantwortlich für ca. 80% der globalen Treibhausgase, ist hier die wichtigste Ländergruppe. Die japanische G20 Präsidentschaft 2019 bat eine einmalige Gelegenheit, ambitionierten Klimaschutz voranzutreiben. Zivilgesellschaft, Medien, Unternehmen und die Wissenschaft tragen zum Wandel auf nationaler Ebene bei. Während Industriestaaten eine historische Verantwortung tragen, ihre Emissionen stark zu reduzieren, sind schnelle Transformationen in Schwellenländern und ihre politische Führung von gleicher Bedeutung.

Transparenz verbessern: Gemeinsames Handeln verlangt gemeinsame Referenzrahmen und erhöhte Transparenz. Um dies zu erreichen, vereint Climate Transparency die wichtigsten Klima-Assessments und Expertise verschiedener Institutionen aus G20 Ländern in dem jährlich erscheinenden „Brown to Green Report“. Gemeinsam zeigen Experten anhand von unabhängigen, vergleichbaren und umfassenden Daten (80 Indikatoren) auf, wie weit der Umbau von der fossilen zur grünen Wirtschaft in den einzelnen G20 Ländern fortgeschritten ist. Der Bericht enthält anschauliche Informationen zu Emissionsminderung, Vulnerabilität und Finanzen.

Einfluss von Assessments auf Klimapolitik steigern: Mithilfe dieser Informationen möchte Climate Transparency das Bewusstsein auf nationaler und internationaler Ebene stärken und den Handlungsdruck bei politischen Entscheidungsträgern und einflussreichen Akteuren aus der Zivilgesellschaft und dem Finanzsektor erhöhen. Informationsveranstaltungen, Workshops, Medienarbeit sowie gezielte Briefings in verschiedenen G20 Ländern sollen die nationale Klimadebatte über den internationalen Vergleich anregen.

Internationales Sekretariat: HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform in Kooperation mit Germanwatch e.V.

Partner 2019: Centro Clima (Brasilien), Climate Analytics (Deutschland/Australien, Energy Systems Research Group (Südafrika), Energy Research Institute (China), Fundación Ambiènte y Recursos Naturales (Argentinien), Initiativa Climática de México (Mexiko), Institute for Essential Service Reform (Indonesien), Institute for Global Environmental Strategies (Japan), Institute for Sustainable Development and International Relations (Frankreich), NewClimate Institute (Deutschland), Overseas Development Institute (Großbritannien) and The Energy and Resources Institute (Indien).

Förderer 2019: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU - IKI), ClimateWorks Foundation, World Bank Group

Der Brown to Green Report 2019 und dazugehörigen 20 Länderprofile sind u.a. auf Climate Transparency Webseite verfügbar.

www.climate-transparency.org

Eindrücke aus dem Brown-to-Green Bericht 2019:

Was hat Climate Transparency 2019 erreicht?

Der Brown to Green Report wurde in einem internationalen Launch Webinar und hochrangigen Veranstaltungen in Berlin, Buenos Aires, Cape Town, Jakarta, Madrid (UN-Klimagipfel in Dezember 2019) Mexico City vorgestellt und diskutiert. Zudem wurden mehrere Briefings mit Regierungsvertretern und G20-Stakeholdern durchgeführt. 2019 wurden somit insgesamt mehr als **893 wichtige Akteure aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft gezielt erreicht**.

Mehr als **690 Medien in 34 Ländern** berichteten 2019 über den Brown to Green Report. Somit wurden zusätzlich rund **500 Millionen Menschen** für die Klima-Performance der G20 Staaten und notwendige Maßnahmen zur Limitierung der Erderwärmung informiert.

Die **Indikatoren** zur Bemessung der Klima-Performance der G20-Staaten im Brown to Green Report wurde **von 14 Partnerorganisationen weiterentwickelt**. Besonders hervorzuheben sind hierbei folgende Aktivitäten:

- Strategy & Partnerworkshop mit allen Climate Transparency Partnern und zusätzlichen Experten in Berlin, Mai 2019.
- In 2019 wurde in der gleichen Woche vom Partner Forum ein öffentliches Event zum Kohleausstieg in der britischen Botschaft organisiert, an dem die Climate Transparency Partner sowie verschiedene deutsche Ministeriumsvertreter aktiv teilgenommen haben.
- Im August 2019 wurde vor dem Klimagipfel des UN-Generalsekretärs eine Serie von 13 Ambition Calls (á 3 Seiten) veröffentlicht. Die Papiere präsentieren drei Handlungsempfehlungen für von 13 G20 Ländern für verbesserte Klimaschutzmaßnahmen.
- Entwicklung von Policy Papieren mit konkreten Handlungsempfehlungen für die Dekarbonisierung im Verkehrssektor in Argentinien, Brasilien, Indien, Indonesien, Mexico und Südafrika.

CRISIS
CLIMÁTICA

Compromisos Nacionalmente
Determinados de México
FRENTE A LA EMERGENCIA CLIMÁTICA
29 DE NOVIEMBRE, 2019
CIUDAD DE MÉXICO

2.3. Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung

Europa braucht dringend eine mittel- und langfristige Strategie, die die Ankunft von Schutzsuchenden nicht als Bedrohung und Krise versteht, sondern Grundrechte schützt. Ein dezentraler, partizipativer und kommunaler Ansatz in der Asyl- und Flüchtlingspolitik könnte der EU zu einem positiven Neubeginn verhelfen, indem er die Aufnahme von Geflüchteten nicht als Belastung, sondern als Möglichkeit für eine nachhaltige Entwicklung begreift.

Im Projekt „Aufnahme und Integration von Geflüchteten in Europa als gemeinsame kommunale Entwicklung“ zielen wir darauf ab, die EU-Flüchtlingspolitik zu dezentralisieren. Durch zusätzliche Mittel, beispielsweise aus einem EU-Fonds, soll den Kommunen mehr Gestaltungsspielraum ermöglicht werden. Bei einer freiwilligen Ansiedlung in aufnahmewilligen Kommunen könnten durch ein Matching-Verfahren sowohl die Interessen der Kommunen als auch der Geflüchteten respektiert werden. Gemeinden, die freiwillig Geflüchtete aufnehmen, sollten neben den Kosten für Aufnahme und Integration auch zusätzliche Mittel in gleicher Höhe für die eigene kommunale Entwicklung erhalten. Der Antrag für Mittel aus einem EU-Integrations- und Entwicklungsfonds sollte von Kommunalen Entwicklungsbeiräten vorbereitet werden. Durch die Einbindung der verschiedenen Stakeholdergruppen auf lokaler Ebene hat die Empfehlung zur Aufnahme eine breite Legitimation. Zudem wird die Verantwortung geteilt, da viele verschiedene Akteur*innen sich beteiligen.

Förderer 2019: Schöpflin Stiftung

Im Rahmen des Projekts haben wir im Jahr 2019 folgende Aktivitäten durchgeführt (Auswahl):

Öffentliche Veranstaltungen:

- Co-Organisation eines Roundtables zur Möglichkeit im nächsten mittelfristigen Finanzrahmen der EU eine direkte Finanzierung von Kommunen zur Flüchtlingsaufnahme zu verankern, Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel.
- Moderation und Teilnahme der Projektleitung an diversen Paneldiskussionen mit Bürgermeister*innen, Städtevertreter*innen, Wissenschaftler*innen und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft (u.a. in Dublin, Brüssel, Berlin, Frankfurt (Oder) und Tunis).
- Durchführung eines Workshops zum Projektansatz bei der Konferenz „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“ im Roten Rathaus in Berlin.

- Input beim Workshop der TU Berlin und der Universität Oxford: „Migration, diasporas and planning for cosmopolitan urbanity in smaller municipalities in the UK and Germany" mit Städtevertreter*innen und Wissenschaftler*innen in Berlin.
- Input bei der dritten Bundesdialogkonferenz des Samo.fa-Netzwerks (Stärkung der Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit) in Halle (Saale).

Organisation einer Workshopreihe „Aufnahme und Integration von Geflüchteten als Teil einer gemeinsamen Entwicklungsstrategie" in Kooperation mit dem Land Niedersachsen

Die Workshopreihe entstand in enger Kooperation mit dem Land Niedersachsen. Zielsetzung der Workshopreihe war es sich Feedback zum Projektkonzept von unterschiedlichen kommunalen Stakeholdern einzuholen. Zudem sollte der Dialog und die Verständigung zwischen der lokalen Verwaltung und der Zivilgesellschaft gefördert werden. Außerdem wurde im Rahmen der Workshopreihe, die auch im Jahr 2020 fortgesetzt wurde, ein gemeinsames Demonstrationsprojekt mit Pilotkommunen entwickelt.

- Erstes Treffen mit Vertreter*innen aus Kommunen (Altena, Braunschweig, Düsseldorf, Rottenburg und Wuppertal) und Zivilgesellschaft in der Vertretung des Landes Niedersachsen beim Bund in Berlin im August 2019.
- Zweites Treffen mit um die Wissenschaft erweitertem Teilnehmer*innenkreis im November 2019 im Deutschen Zentrum für Integration und Migrationsforschung in Berlin.

Organisation eines Workshops „Gute Advocacy Strategien für die Zivilgesellschaft" mit The Good Lobby

Im Dezember 2019, veranstaltete die HVGP im Rahmen des Projekts „Europäische Flüchtlingsintegration als gemeinsame kommunale Entwicklung" den Workshop „Gute Advocacy Strategien für die Zivilgesellschaft". Hier wurden nach Inputs aus der Berliner Senatsverwaltung, der Caritas sowie einem Input der Organisation ‚The Good Lobby' über die Herausforderungen und Möglichkeiten der kommunalen Aufnahme von Geflüchteten diskutiert. Rechtliche Grundlagen und praktische Probleme wurden gegenübergestellt, die Notwendigkeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie die Möglichkeiten einer besseren Vernetzung der einzelnen Akteure wurde aufgezeigt.